

MEDIEN UND DEMOKRATIE · 02. JUNI 2026 · 28 MIN.

Sprache als politischer Wirkstoff

Warum rechte Narrative emotionalisieren, wie politische Sprache Wirkungsräume öffnet und wie demokratische Kommunikation reale Probleme ernst nehmen kann, ohne Feindbilder zu verstärken.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsoekonomie.de/blog/sprache-als-politischer-wirkstoff-rechte-narrative.html

Politische Sprache beschreibt nicht nur Wirklichkeit. Sie sortiert Wirklichkeit. Sie entscheidet mit darüber, was als Problem erscheint, wer als Verursacher gilt, wer als Opfer gesehen wird und welche Lösungen plausibel wirken. Genau deshalb reicht es nicht, politische Aussagen nur daraufhin zu prüfen, ob sie faktisch richtig oder falsch sind. Ein Faktencheck fragt: **Stimmt das?** Ein Folgencheck oder eine Wirkungsanalyse fragt zusätzlich: **Was macht diese Sprache mit Angst, Vertrauen, Zugehörigkeit, Feindbildern, demokratischer Gesprächsfähigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt?** In der Wirkungsökonomie wird politische Sprache deshalb als Wirkungsraum betrachtet: Begriffe öffnen Frames, Frames öffnen Resonanzräume, Resonanzräume verändern Wahrnehmung und können dadurch tatsächliche Zustandsänderungen wahrscheinlicher machen. Ob diese Wirkung positiv ist, wird nicht moralisch über Personen bewertet, sondern an Menschenwürde, planetarer Tragfähigkeit, Demokratie und SDG+/Agenda 2030 eingeordnet. (Wirkungsökonomie)

Am Beispiel der AfD lässt sich diese Dynamik besonders deutlich untersuchen, weil ihre Kommunikation häufig nicht nur Sachpolitik formuliert, sondern politische Konflikte emotional auflädt. Dabei geht es nicht darum, Wählerinnen und Wähler pauschal abzuwerten. Im Gegenteil: Wer verstehen will, warum rechte Sprache Resonanz erzeugen kann, muss gerade vermeiden, Menschen zu beschämen, die auf solche Sprache reagieren. Entscheidend ist die Unterscheidung zwischen realen Problemen, legitimen Sorgen und einer Sprache, die diese Sorgen in Feindbilder, Kontrollsehnsucht und demokratisches Misstrauen übersetzt.

Begriffliche Einordnung: „Wirkstoff“ wird hier als Analogie verwendet. Politische Sprache wirkt nicht automatisch und nicht linear. Sie eröffnet oder verstärkt Wirkpfade, Resonanzräume und Handlungsbereitschaften; tatsächliche Wirkung bleibt eine reale Zustandsveränderung und muss kontextbezogen geprüft werden.

1. Der zentrale Mechanismus: Aus Problemen werden Bedrohungsgeschichten

Jede Gesellschaft hat reale Probleme: steigende Preise, überforderte Verwaltungen, Wohnungsnot, Schulprobleme, Unsicherheit im öffentlichen Raum, Abstiegsängste, kulturelle Entfremdung, schlechte Infrastruktur, Vertrauensverlust in Institutionen. Demokratische Politik müsste diese Probleme so bearbeiten, dass Ursachen, Verantwortlichkeiten und Lösungen sichtbar werden.

Rechte Emotionalisierung funktioniert anders. Sie nimmt reale oder empfundene Probleme auf, verdichtet sie zu einer Bedrohungserzählung und ordnet sie moralisch: **Wir sind die Betrogenen. Die anderen sind schuld. Die Institutionen schützen nicht uns, sondern sie. Nur ein radikaler Bruch kann noch helfen.**

Das AfD-Regierungsprogramm Sachsen-Anhalt setzt diesen Ton bereits in der Präambel. Dort werden „Altparteienherrschaft“, steigende Preise, unsichere Straßen, Migration, Behördenversagen, „falsche Meinung“ und eine angeblich gegen Bürger gerichtete Politik in einen gemeinsamen Deutungsrahmen gebracht. Aus verschiedenen politischen und sozialen Problemen entsteht eine übergreifende Erzählung: Die Bürger seien Opfer eines Machtblocks, der gegen sie regiere. (afd-regierungsprogramm.de)

Das ist der Unterschied zwischen **Kritik** und **Delegitimierung**. Kritik sagt: Diese Regierung macht Fehler, diese Maßnahme wirkt nicht, diese Institution muss besser kontrolliert werden. Delegitimierung sagt: Das ganze System ist gegen das Volk gerichtet. Andere Parteien sind nicht Gegner im demokratischen Wettbewerb, sondern ein Block. Medien informieren nicht, sondern manipulieren. Rechtsstaatliche Prüfung

ist nicht Schutz, sondern Verfolgung. Genau an dieser Stelle kann Sprache - im Sinne einer Analogie, nicht als medizinischer Begriff - zum politischen Wirkstoff (didaktische Analogie) werden: Sie verändert nicht automatisch Zustände, aber sie kann Wirkpfade, Resonanzräume und Handlungsbereitschaften öffnen.

2. Das „Wir gegen die“-Narrativ

Das stärkste rechte Narrativ ist die Teilung der Gesellschaft in zwei Lager: ein ehrliches, bedrohtes „Wir“ und ein mächtiges, fremdes oder korruptiertes „Sie“. Dieses „Sie“ kann je nach Thema wechseln: „Altparteien“, „Eliten“, „Einwanderer“, „Brüssel“, „Gender-Ideologen“, „Klimaextremisten“, „Mainstream-Medien“, „NGOs“, „Kirchen“, „Verfassungsschutz“ oder „woke Minderheiten“.

Sprachlich kann diese Technik über Vereinfachung wirken. Die Gesellschaft wird nicht mehr als pluraler Raum mit unterschiedlichen Interessen verstanden, sondern als Kampf zwischen Volk und Gegner. Dadurch sinkt die Bereitschaft, Kompromisse als normalen Bestandteil der Demokratie anzuerkennen. Kompromiss erscheint dann nicht mehr als Ausgleich, sondern als Verrat.

Die sprachwissenschaftliche Arbeit von Justin Kraft beschreibt dafür die Funktionen diskriminierender Sprechakte: Trennung, Distanzierung, Akzentuierung, Abwertung und Festschreibung. Menschen werden nicht mehr als Individuen betrachtet, sondern als Vertreter einer Gruppe. Die eigene Gruppe wird aufgewertet, die andere Gruppe abgewertet oder als Gefahr festgeschrieben.

Im AfD-Programm Sachsen-Anhalt findet sich diese Logik etwa in der wiederholten Gegenüberstellung von „Bürgern“ und „Altparteien“. Die AfD inszeniert sich als Stimme der Bürger gegen ein politisches Kartell. Die Formulierung „Wenn es uns nicht mehr gibt, ist die Demokratie tot“ steigert diese Selbstinszenierung maximal: Die eigene Partei wird nicht als eine Partei unter anderen dargestellt, sondern als Existenzbedingung der Demokratie selbst. (afd-regierungsprogramm.de)

Das Wirkungspotenzial: Wer diese Erzählung übernimmt, erlebt politische Kritik an der AfD nicht mehr als demokratischen Widerspruch, sondern als Angriff auf die letzte verbliebene Vertretung des Volkes. Das stärkt Bindung, immunisiert gegen Kritik und macht demokratische Korrektur schwieriger.

3. Das Opfer-Narrativ

Ein zweites zentrales Muster ist das Opfer-Narrativ. Rechte Kommunikation stellt sich häufig zugleich kämpferisch und verfolgt dar. Sie sagt: Wir sprechen aus, was alle denken, und werden genau deshalb bekämpft. Wir sind mutig, weil wir gegen ein übermächtiges System stehen. Wir sind nicht radikal, sondern die anderen sind intolerant.

Dieses Narrativ ist emotional sehr wirksam, weil es mehrere Bedürfnisse gleichzeitig bedient: Es gibt Zugehörigkeit, moralische Entlastung und Selbstaufwertung. Wer sich ohnmächtig fühlt, kann sich plötzlich als Teil einer mutigen Gegenbewegung erleben. Wer sich kritisiert fühlt, muss Kritik nicht prüfen, sondern kann sie als Beleg für Unterdrückung deuten.

Im AfD-Programm Sachsen-Anhalt wird dieses Muster wiederholt sichtbar: Wer Kritik an Migration, Klimapolitik, Genderfragen oder Russlandpolitik äußert, werde angeblich als „egoistisch“, „ausländerfeindlich“, „wissenschaftsfeindlich“, „Klimaleugner“, „homophob“, „rechtsextrem“ oder

„Putinversteh“ beschimpft. Das Wirkungspotenzial dieser Aufzählung ist nicht nur inhaltlich, sondern rhythmisch: Sie erzeugt das Gefühl einer dauernden moralischen Belagerung. (afd-regierungsprogramm.de)

Der psychologische Effekt: Aus Widerspruch wird Kränkung. Aus Kritik wird Verfolgung. Aus demokratischer Auseinandersetzung wird ein Kampf um Anerkennung. Wer dann widerspricht, bestätigt scheinbar das Narrativ.

Genau deshalb ist der Umgang damit so anspruchsvoll. Eine rein moralische Gegenreaktion – „Ihr seid alle rechts“, „Ihr seid dumm“, „Ihr seid gefährlich“ – kann das Opfer-Narrativ verstärken. Das bedeutet nicht, dass man menschenfeindliche Aussagen schonen soll. Es bedeutet: Man muss die Strategie kritisieren, ohne die Menschen, die dafür empfänglich sind, pauschal zu entwerten.

4. Das Bedrohungs-Narrativ

Rechte Sprache arbeitet häufig mit einem permanenten Ausnahmezustand. Migration wird nicht als komplexe Verwaltungs-, Integrations-, Arbeitsmarkt-, Sicherheits- und Menschenrechtsfrage gerahmt, sondern als „Masse“, „Welle“, „Überfremdung“, „Kontrollverlust“ oder „Austausch“. Klimapolitik wird nicht als Risikosteuerung verstanden, sondern als „Diktatur“. Gleichstellung wird nicht als Teilhabe verhandelt, sondern als Angriff auf Kinder, Familie und Normalität.

Im AfD-Programm Sachsen-Anhalt wird Einwanderung ausdrücklich als untaugliches Mittel gegen Bevölkerungsrückgang bezeichnet und mit „vielen weiteren Problemen“ verbunden; zugleich wird die „Familie, bestehend aus Vater, Mutter und möglichst vielen Kindern“ als gesellschaftliches Leitbild in den Mittelpunkt gestellt. An anderer Stelle heißt es, Kinder seien „unsere Zukunft, nicht Einwanderer“. (afd-regierungsprogramm.de)

Diese Sprache stellt nicht einfach eine familienpolitische Position dar. Sie kann Wahrnehmung verschieben: Demografische Fragen werden nicht als komplexes Zusammenspiel aus Geburtenrate, Arbeitsmarkt, Betreuung, Gleichstellung, Wohnraum, Löhnen, Pflege, Migration und Produktivität erzählt. Sie werden in eine Konkurrenzgeschichte übersetzt: eigene Kinder gegen Einwanderer. Das erzeugt emotionale Klarheit – aber auf Kosten der Wirklichkeit.

Das Risiko liegt in der Verengung. Wer die Lage als existenzielle Bedrohung erlebt, sucht nicht mehr zuerst nach tragfähigen Lösungen, sondern nach Schutz, Abwehr und Kontrolle. Der politische Markt für autoritäre Antworten wächst.

5. Das Kontroll-Narrativ

Wo Angst erzeugt wird, muss Kontrolle angeboten werden. Deshalb folgen auf Bedrohungsbilder oft harte Ordnungsversprechen: abschieben, verbieten, streichen, bestrafen, schließen, beenden, zurückholen, austreten, abschaffen. Diese Verben wirken, weil sie Handlungsfähigkeit simulieren. Sie versprechen: Das Problem ist lösbar, wenn man nur endlich hart genug durchgreift.

Das kann in einer überforderten Demokratie attraktiv wirken. Viele demokratische Verfahren sind langsam. Sie prüfen, wägen ab, schützen Minderheiten, beachten Grundrechte, verteilen Zuständigkeiten. Rechte Sprache stellt diese Langsamkeit als Schwäche dar. Sie bietet stattdessen den starken Zugriff an.

Im Programm Sachsen-Anhalt wird diese Logik etwa in der Verbindung von Migration, Sicherheit, Meinungsstrafrecht, Verfassungsschutz, Rundfunk, Schulen, Kultur und Verwaltung sichtbar. Die AfD formuliert nicht nur einzelne Reformvorschläge, sondern eine umfassende Gegenerzählung: Staatliche Institutionen müssten von angeblicher Indoktrination, falschen Prioritäten und oppositioneller Verfolgung befreit werden. (afd-regierungsprogramm.de)

Das Wirkungsrisiko: Aus Rechtsstaat wird Hindernis. Aus Minderheitenschutz wird Bevorzugung. Aus Kontrolle von Macht wird Machtwechsel ohne Kontrolle. Gerade darin liegt das demokratische Risiko.

6. Das Kulturkampf-Narrativ

Ein weiteres Muster ist der Kulturkampf. Dabei werden gesellschaftliche Veränderungen – Gleichstellung, queere Sichtbarkeit, Migration, Religionsvielfalt, Klimapolitik, Antidiskriminierung, politische Bildung – nicht als normale Konflikte einer pluralen Gesellschaft behandelt, sondern als Angriff auf eine angeblich natürliche Ordnung.

Im AfD-Programm Sachsen-Anhalt wird etwa von „sexuellen Abweichungen“, „nicht-reproduktiven Lebensweisen“, „pervers-linker“ und „radikal feministischer“ Agitation gesprochen. Solche Formulierungen pathologisieren und moralisieren. Sie markieren nicht nur politische Differenz, sondern soziale Abweichung. (afd-regierungsprogramm.de)

Das Wirkungspotenzial ist doppelt. Einerseits wird die eigene Gruppe stabilisiert: Wer sich durch gesellschaftlichen Wandel verunsichert fühlt, bekommt eine klare Erklärung und ein klares Feindbild. Andererseits werden Minderheiten symbolisch unter Druck gesetzt. Sie erscheinen nicht mehr als Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Rechten, sondern als Symptom eines Verfalls.

Kulturkampf hat deshalb eine hohe emotionale Rendite. Er erzeugt Empörung, mobilisiert Identität und lenkt von schwierigen Systemfragen ab. Statt über Lehrermangel, Pflege, Investitionen, Wohnraum, Digitalisierung oder soziale Infrastruktur zu sprechen, wird über angebliche Umerziehung, Verfall und Bedrohung der Kinder gesprochen.

7. Das Demokratie-Umdeutungs-Narrativ

Besonders folgenreich ist die Umdeutung von Demokratie selbst. Demokratie wird dann nicht mehr als Zusammenspiel aus Mehrheit, Minderheitenschutz, Grundrechten, Gewaltenteilung, unabhängigen Gerichten, freier Presse und Opposition verstanden, sondern nahezu ausschließlich als unmittelbarer Mehrheitswille.

Im AfD-Programm heißt es, Demokratie bedeute, dass politische Macht „einzig und allein durch den Volkswillen legitimiert“ werde und dass die Mehrheit entscheide. Zwar werden Minderheitenrechte erwähnt, doch der dominante Frame ist: Mehrheit gegen blockierende Eliten. (afd-regierungsprogramm.de)

Das kann wirkungsstark sein, weil es Demokratie vereinfacht. Viele Menschen verbinden Demokratie zunächst mit Wahlen und Mehrheiten. Aber liberale Demokratie ist mehr: Sie schützt auch diejenigen, die nicht zur Mehrheit gehören. Sie begrenzt Macht gerade dann, wenn eine Mehrheit Macht ausübt. Sie erlaubt Regierungswechsel, ohne Grundrechte zur Abstimmung zu stellen.

Wenn Demokratie nur noch als Mehrheitsdurchsetzung erzählt wird, geraten Gerichte, Medien, Wissenschaft, Opposition, Verfassungsschutz, Minderheitenrechte und föderale Verfahren leicht unter Verdacht. Sie erscheinen dann nicht mehr als demokratische Sicherungen, sondern als Störfaktoren.

Auch rechtlich ist die AfD nicht nur Gegenstand politischer Debatte, sondern behördlicher und gerichtlicher Auseinandersetzung. Das Bundesverwaltungsgericht teilte im Juli 2025 mit, dass Beschwerden der AfD gegen die Nichtzulassung der Revision in Verfahren zur Einstufung als Verdachtsfall, zur Jungen Alternative und zum früheren „Flügel“ zurückgewiesen wurden; die klageabweisenden Urteile des OVG Münster vom Mai 2024 wurden damit rechtskräftig. In den Verfahren ging es unter anderem um den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen und beim „Flügel“ um dessen Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung vor seiner Auflösung. (Bundesverwaltungsgericht)

8. Warum Emotionalisierung so gut funktioniert

Emotionalisierung ist nicht automatisch schlecht. Demokratie braucht Emotionen: Empörung über Unrecht, Mitgefühl mit Betroffenen, Hoffnung auf Veränderung, Stolz auf gelingende Zusammenarbeit. Problematisch wird Emotionalisierung, wenn sie systematisch Angst, Wut, Kränkung und Verachtung verstärkt, ohne lösungsfähig zu machen.

Rechte Emotionalisierung arbeitet häufig mit fünf Gefühlen:

Gefühl	Sprachlicher Trigger	Politische Wirkung
Angst	„letzte Chance“, „Kontrollverlust“, „Aussterben“, „Masseneinwanderung“	Schutzbedürfnis, Zustimmung zu Härte
Wut	„Altparteien“, „verpulvert“, „bevormundet“, „verraten“	Feindbildbindung, Kompromissverlust
Kränkung	„man nennt uns...“, „man darf nichts mehr sagen“	Opferidentität, Immunisierung gegen Kritik
Ekel/Abwertung	„versifft“, „pervers“, „kulturfremd“	soziale Distanz, Entmenslichungstendenz
Stolz/Zugehörigkeit	„Volk“, „Heimat“, „unsere Kultur“, „normale Bürger“	Gruppenbindung, moralische Selbstaufwertung

Diese Gefühle wirken besonders stark, wenn sie wiederholt, vereinfacht und mit konkreten Alltagsproblemen verbunden werden. Der Satz „Die Preise steigen“ ist ein Sachhinweis. Der Satz „Die Altparteien nehmen euch das Geld weg und geben es Fremden“ ist eine emotionale Kausalgeschichte. Sie erklärt, beschuldigt und mobilisiert zugleich.

9. Der Fehler vieler Gegenreaktionen

Viele demokratische Reaktionen machen rechte Kommunikation ungewollt stärker. Das geschieht vor allem auf vier Wegen.

Erstens: **Man wiederholt den Frame.** Wer ständig sagt „Wir leben nicht in einer Diktatur“, wiederholt das Wort Diktatur. Wer nur sagt „Migration ist keine Invasion“, wiederholt den Invasionsframe. Das kann notwendig sein, wenn eine Behauptung sehr präsent ist, aber es darf nicht die einzige Reaktion bleiben.

Zweitens: **Man moralisiert ohne Lösung.** Wer reale Probleme nur mit Haltungsappellen beantwortet, überlässt die Problembeschreibung den Rechten. Wenn Kommunen überfordert sind, Schulen Personalmangel haben oder Menschen sich im öffentlichen Raum unsicher fühlen, reicht es nicht zu sagen: „Seid nicht rassistisch.“ Man muss zeigen, welche konkrete Politik die Lage verbessert, ohne Sündenböcke zu produzieren.

Drittens: **Man beschämt potenzielle Adressaten.** Pauschale Abwertung von AfD-Wählerinnen und -Wählern stärkt den Opferframe. Wer Menschen das Gefühl gibt, sie seien moralisch minderwertig, macht es ihnen schwerer, ihre Position zu überprüfen. Scham führt selten zu demokratischer Öffnung; sie führt oft zu Trotz.

Viertens: **Man reagiert nur empört.** Empörung ist verständlich. Aber reine Empörung ist für Provokationskommunikation oft nützlich. Sie erhöht Reichweite, bindet Aufmerksamkeit und bestätigt die Selbstinszenierung als Tabubrecher.

10. Wie demokratische Kommunikation richtig reagieren sollte

Demokratische Gegenkommunikation muss drei Dinge gleichzeitig leisten: Sie muss klare Grenzen ziehen, reale Probleme anerkennen und bessere Deutungen anbieten.

Der entscheidende Satz lautet:

Nicht beschwichtigen. Nicht spiegeln. Nicht entwerten. Sondern entwirren.

Problem anerkennen, Sündenbocklogik trennen

Falsch wäre: „Es gibt gar kein Problem.“ Besser ist: „Ja, es gibt Überforderung in Kommunen, Schulen und Verwaltungen. Aber diese Sprache macht aus einem Steuerungsproblem ein Feindbild. Die Frage ist: Welche Maßnahmen entlasten konkret – und welche beschädigen Rechtsstaat und Zusammenhalt?“

Damit nimmt man Sorgen ernst, ohne die rechte Erklärung zu übernehmen.

Den Mechanismus sichtbar machen

Statt nur zu sagen „Das stimmt nicht“, sollte man sagen: „Hier passiert sprachlich etwas Bestimmtes: Viele unterschiedliche Probleme werden auf eine Gruppe geschoben. Dadurch wirkt die Lösung einfacher, als sie ist.“

Das verschiebt die Debatte vom Reizwort zur Wirkungsweise.

Nicht im gegnerischen Frame stecken bleiben

Wenn der Frame lautet „Altparteien gegen Volk“, ist die demokratische Antwort nicht: „Die Altparteien sind gar nicht so schlecht.“ Besser: „Demokratie heißt, dass Parteien konkurrieren, Fehler machen, abgewählt werden können und kontrolliert werden. Wer alle anderen Parteien zu einem Block erklärt, macht demokratische Auswahl kleiner, nicht größer.“

So wird ein Ersatzframe angeboten: demokratische Konkurrenz statt Machtblock.

Von Angst zu Handlungsfähigkeit wechseln

Rechte Sprache sagt oft: „Alles entgleitet uns.“ Demokratische Sprache sollte nicht sagen: „Habt keine Angst“, sondern: „Wir können handeln – konkret, überprüfbar und rechtsstaatlich.“

Beispiel Migration: schnellere Verfahren, bessere kommunale Finanzierung, klare Integration, konsequente Strafverfolgung bei tatsächlichen Straftaten, faire Arbeitsmarktregeln, Schutz für Verfolgte, Rückführung bei rechtskräftiger Ausreisepflicht. Das ist schwieriger als ein Schlagwort, aber glaubwürdiger als moralische Empörung.

Zwischen Akteuren, Strategie und Publikum unterscheiden

Man sollte unterscheiden zwischen rechtsextremen Kadern, strategischer Parteikommunikation, Protestwählern, Enttäuschten, Verunsicherten und Menschen mit konkreten Alltagssorgen. Wer alle in einen Topf wirft, reproduziert genau die Pauschalisierung, die man kritisiert.

Eine wirksame Formulierung wäre:

„Ich kritisiere nicht, dass Menschen wütend sind. Ich kritisiere, wenn ihre Wut auf Gruppen gelenkt wird, die nicht die Ursache aller Probleme sind.“

Grenzen klar ziehen

Nicht jede Position ist nur ein Missverständnis. Wenn Menschen abgewertet, Minderheitenrechte infrage gestellt, demokratische Institutionen pauschal delegitimiert oder Gewaltfantasien normalisiert werden, braucht es klare Grenze. Aber diese Grenze sollte präzise sein.

Nicht: „Ihr seid alle Nazis.“ Sondern: „Diese Formulierung wertet Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit ab. Das verletzt den demokratischen Grundsatz gleicher Würde.“

Präzision ist stärker als Beschimpfung.

11. Praktische Gegenframes

Demokratische Kommunikation braucht kurze, wiederholbare Gegenframes. Nicht als Propaganda, sondern als Orientierung.

Gegen „Altparteien“: „Demokratie besteht aus Konkurrenz, Kontrolle und Abwahl – nicht aus der Erzählung, alle anderen seien ein Block.“

Gegen „man darf nichts mehr sagen“: „Man darf sehr viel sagen. Aber andere dürfen widersprechen. Widerspruch ist keine Zensur.“

Gegen „Migration ist die Ursache aller Probleme“: „Migration erzeugt Aufgaben. Aber Wohnungsnot, Schulprobleme, Fachkräftemangel und Verwaltungsversagen haben mehrere Ursachen. Wer alles einer Gruppe zuschiebt, verhindert Lösungen.“

Gegen „Klimadiktatur“: „Klimapolitik muss sozial gerecht und demokratisch kontrolliert sein. Aber Risiken verschwinden nicht, wenn man sie Kulturkampf nennt.“

Gegen „Gender-Ideologie bedroht Kinder“: „Kinder brauchen Schutz, Bildung und stabile Beziehungen. Dafür brauchen wir Sachlichkeit statt Angstbilder.“

Gegen „nur wir vertreten das Volk“: „Kein Teil der Demokratie besitzt das Volk. Demokratie heißt, dass verschiedene Bürger verschiedene Parteien wählen dürfen.“

12. Folgencheck statt reiner Faktencheck

Der klassische Faktencheck bleibt notwendig. Wenn Zahlen falsch sind, müssen sie korrigiert werden. Wenn Zusammenhänge verzerrt sind, müssen sie eingeordnet werden. Aber der Faktencheck allein greift zu kurz, weil politische Sprache oft schon wirkt, bevor Zahlen geprüft sind.

Ein Folgencheck fragt zusätzlich:

Welche Angst wird aktiviert? Welche Gruppe wird verantwortlich gemacht? Welche Institution wird delegitimiert? Welche Lösung wirkt dadurch plausibel? Welche demokratische Schutzregel wird als Hindernis dargestellt? Welche realen Ursachen verschwinden aus dem Blick? Wer gewinnt emotional, wer verliert gesellschaftlich?

Diese Fragen machen sichtbar, was reine Wahr/Falsch-Prüfungen oft übersehen: Sprache kann einzelne richtige Beobachtungen enthalten und trotzdem eine schädliche Gesamtwirkung entfalten. Ein Beispiel: Ja, es gibt Probleme bei Integration, Sicherheit oder Verwaltung. Aber wenn diese Probleme sprachlich zu einer Erzählung von „kulturfremder Masse“, „Altparteien-Diktatur“ und „letzter Chance“ verbunden werden, entsteht ein anderer Wirkungsraum als bei einer nüchternen Problemanalyse.

13. Die demokratische Aufgabe

Die beste Antwort auf rechte Emotionalisierung ist nicht emotionslose Technokratie. Menschen brauchen Orientierung, Zugehörigkeit und Hoffnung. Wenn demokratische Akteure nur verwalten, während rechte Akteure Sinn, Schuldige und Kampf anbieten, entsteht ein Ungleichgewicht.

Demokratische Sprache muss deshalb selbst Wirkungspotenzial entfalten – aber anders:

Sie sollte Sorgen ernst nehmen, ohne Angst zu bewirtschaften. Sie sollte Missstände benennen, ohne Feindbilder zu bauen. Sie sollte Zugehörigkeit anbieten, ohne andere auszuschließen. Sie sollte Konflikte austragen, ohne Institutionen zu zerstören. Sie sollte Lösungen erklären, ohne Komplexität zu leugnen.

Der entscheidende Unterschied lautet: Rechte Emotionalisierung macht aus Problemen Gegner.

Demokratische Emotionalisierung macht aus Problemen gemeinsame Aufgaben.

14. Schluss: Nicht die Lautesten dürfen den Wirkungsraum bestimmen

Die AfD ist in diesem Artikel nicht deshalb wichtig, weil jede ihrer Aussagen automatisch falsch wäre. Sie ist wichtig, weil sich an ihrer Sprache zeigen lässt, wie politische Kommunikation über Frames, Narrative und Emotionen Wirkung erzeugt. Begriffe wie „Altparteien“, „Diktatur“, „Masseneinwanderung“, „kulturfremd“, „pervers-linker Agitation“ oder „letzte Chance“ sind nicht nur Wörter. Sie sind Deutungsangebote. Sie sortieren die Welt in Opfer und Täter, Volk und Feind, Normalität und Verfall, Rettung und Untergang.

Wer darauf demokratisch antworten will, darf nicht nur empört sein. Er muss wirkungsklug sein. Das heißt: nicht jeden Trigger verstärken, nicht jeden Frame wiederholen, nicht Menschen beschämen, sondern Mechanismen offenlegen. Es heißt aber auch: reale Probleme nicht kleinreden. Denn dort, wo demokratische Politik Probleme nicht löst oder nicht verständlich erklärt, entsteht Raum für einfache Schuldgeschichten.

Der Folgencheck politischer Sprache ist deshalb kein Ersatz für Demokratie. Er ist eine ihrer Schutztechniken. Er hilft zu erkennen, wann Sprache nicht mehr nur Meinung ausdrückt, sondern Angst organisiert, Vertrauen abbaut und Gesellschaft spaltet. Und er zeigt, wie demokratische Kommunikation wieder handlungsfähig werden kann: klar, ruhig, lösungsorientiert, menschenwürdig – und ohne die Sprache der Verachtung zu spiegeln.

Methode

Wirkung politischer Sprache

Bibliothek

Folgencheck wirkungspolitischer Sprache

Analyse

Wirkung statt Weltbild
